

# Ich wünsche mir eine stabile Regierung in Berlin

Ein Gespräch mit Bundeskanzler Kurz über seine Pläne für Österreich und Europa – und über die Erfahrungen mit großen Koalitionen



Sebastian Kurz in seiner Kanzlei am Wiener Ballhausplatz

Foto Helmut Fricke

**Herr Bundeskanzler, Sie besuchen an diesem Mittwoch zum ersten Mal als österreichischer Regierungschef Berlin. Zuvor aber sind Sie nach Frankreich gereist. Spielt aus Ihrer Sicht jetzt Paris die erste Geige im europäischen Konzert?**

Traditionell sind österreichische Bundeskanzler als Erstes in die Schweiz gereist. Ich habe ganz bewusst in den ersten Tagen als Regierungschef in Brüssel die drei Spitzen der Europäischen Union getroffen. Es stimmt, meine erste bilaterale Reise hat mich nach Frankreich geführt, weil ich der Meinung bin, dass es Veränderungen in der Europäischen Union braucht und Präsident Emmanuel Macron jemand ist, der den starken Willen hat, diese Veränderungen einzuleiten. Das ändert nichts daran, dass Deutschland unser wichtigster Nachbar und Partner ist. Ich freue mich, dass ich heute in Deutschland zu Gast sein darf und erneut mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit der ich in einem regelmäßigen Austausch stehe, ein ausführliches Gespräch führen kann.

**Lässt sich Ihre Reiseplanung auch auf den Umstand zurückführen, dass Deutschland nur eine geschäftsführende Regierung hat und noch immer nicht sicher ist, wann die neue Regierung gebildet und wie sie aussehen wird?**

Ich habe Paris nur wenige Tage vor Berlin besucht, insofern sollte man hier nicht zu viel hineininterpretieren. Ich habe Bundeskanzlerin Merkel schon öfter getroffen, mit ihr auch regelmäßig telefoniert. Vor wenigen Tagen hatte ich nun auch mit Präsident Macron mein erstes persönliches Gespräch. Österreich ist nicht wie Deutschland oder Frankreich eine große Macht, sondern ein kleines Land in der Europäischen Union. Aber wir wollen einen aktiven Beitrag leisten. Dazu gehört eine gute Vernetzung, nicht nur, aber auch nach Deutschland.

**Wie stehen Sie zu den europapolitischen Reformvorschlägen Macrons?**

Ich finde es gut, dass Frankreich einen proeuropäischen Präsidenten mit dem starken Willen zur Veränderung in der EU hat. Wir haben ähnliche Vorstellungen, was die Sicherheits- und Migrationspolitik betrifft. Wir wollen ebenfalls Veränderungen im System der EU wie etwa eine Verkleinerung der Kommission. Ähnlich ist es in wichtigen Zukunftsfragen: Wie gehen wir mit der Digitalisierung oder der Besteuerung von großen Internetkonzernen in Europa um? Es gibt andere Bereiche, wie die Frage des europäischen Haushalts oder der Weiterentwicklung der Eurozone, wo ich sehr nahe an der Linie bin, wie sie Wolfgang Schäuble definiert hatte.

**Was gefällt beziehungsweise missfällt Ihnen an den Punkten, auf die sich in Berlin Union und SPD verständigt haben? Auch in ihrem Sondierungspapier steht Europa ganz vorne.**

Ich erachte es als sehr wichtig, dass der Europäischen Union der Stellenwert eingeräumt wurde, der ihr auch zusteht. Insbesondere teile ich die Einschätzung, dass die EU eine Erneuerung und einen Umbau braucht, das sehe ich genauso. Daher war für uns auch die proeuropäische Ausrichtung der neuen österreichischen Bundesregierung so wichtig. Ein bürgernäheres und transparenteres Europa unterstütze ich ebenso wie Bemühungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa im globalen Wettbewerb und mehr Investitionen in Innovation und Forschung. Es freut mich, dass im Sondierungspapier auch eine Stärkung der Subsidiarität als Ziel formuliert wird. Bei gewissen Überlegungen, was die Eurozone betrifft, also etwa ein mögliches Eurozonen-Budget, bin ich deutlich skeptischer. Außerdem habe ich den Anspruch, dass es in den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 zu keiner einseitigen Mehrbelastung für die Netozahler wie Österreich kommt. Vielmehr muss die EU sparsamer und effizienter werden.

**Österreich übernimmt im Juli die Ratspräsidentschaft in der EU. Was haben Sie dann vor?**

Wir werden drei Themen ins Zentrum rücken. Erstens den Bereich der Sicherheit. Das beginnt beim Kampf gegen Radikalisierung und Terrorismus und endet beim Außengrenzschutz, um illegale Migration nach Europa zu stoppen. Zweitens ist mir das Thema Subsidiarität sehr wichtig. Wir brauchen eine Europäische Union, die sich stärker auf die großen Fragen fokussiert und sich bei kleinen Themen, in denen die Nationalstaaten oder Regionen besser selbst entscheiden können, stärker zurücknimmt. Das führt zu mehr Kraft und Fokussierung in Bereichen, wo es mehr Zusammenarbeit braucht, gleichzeitig reduziert es Regulierung und Bürokratie. Drittens werden wir einen Schwerpunkt legen auf das Themenfeld der Digitalisierung. Nur wenn es uns als Europäische Union gelingt, als Standort nicht zu rückzufallen, werden wir mittel- und langfristig wettbewerbsfähig bleiben.

**Konkret heißt das?**

Für die Digitalisierung brauchen wir eine ordentliche Infrastruktur. Da wird Österreich ganz massiv Akzente setzen. Zum Zweiten müssen wir in der Ausbildung vorankommen und Unternehmen einen so guten Standort bieten, dass in Zukunft unter den größten Digitalunternehmen nicht ausschließlich amerikanische oder asiatische Firmen sind. Und es gibt Unternehmen, die Umsätze in Europa machen, die aber nicht versteuern. Da müssen wir dringend gegensteuern. Die OECD ist dabei, ein Konzept zu entwickeln. Wenn das nicht oder nicht schnell genug funktioniert, braucht es eine europäische Regelung. Das habe ich mit Präsident Macron besprochen und werde es auch mit Bundeskanzlerin Merkel diskutieren.

**Sie nennen Ihre Regierung „proeuropäisch“. Für welches Europa wollen Sie eintreten? Die Vorstellungen innerhalb der EU reichen von einer besseren Freihandelszone bis zu den Vereinigten Staaten von Europa.**

Präsident Juncker hat fünf Szenarien vorgeschlagen, wie sich die EU weiterentwickeln kann. Das vierte war jenes der Subsidiarität. Das ist aus meiner Sicht das richtige. Die Vielfalt muss gewahrt werden. Mitgliedsstaaten und Regionen dürfen und sollen unterschiedlich sein. Wir brauchen auch nicht in jedem Themenbereich gemeinsame Regeln. Wenn es so weitergeht, haben wir eine Regulierungsdichte, die viele Menschen nicht wollen und die die kleine sowie mittelständische Wirtschaft nicht tragen kann. Gleichzeitig muss die EU mehr Kraft entwickeln, um in den großen Fragen stärker zu werden. In den vergangenen Jahren hat in der EU die Fokussierung gefehlt. Wir haben uns mit vielen Themen gleichzeitig beschäftigt und es in der ganz zentralen Frage der Migration nicht geschafft, eine gemeinsame europäische Antwort zu geben. Tiefere Kooperation ist in der Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik bis hin zur Währungspolitik notwendig.

**Was wollen Sie in der Währungs- und in der Fiskalpolitik ändern?**

Mit den Maastricht-Kriterien ist man den richtigen Weg gegangen. Wir hören aber jetzt immer wieder die Frage: Welche Medizin verabreichen wir dem Kranken? Es gibt zu wenig Fokus auf die Prävention. Wir müssen alles tun, um ein zweites Griechenland zu verhindern. Ganz wichtig ist es, Regeln einzuhalten und keine Ausnahmen zuzulassen.

**Brauchen wir einen europäischen Finanzminister und einen Europäischen Währungsfonds?**

Einen europäischen Finanzminister braucht es aus meiner Sicht nicht. Einer Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Der dazu vorliegende Vorschlag der EU-Kommission überzeugt uns hingegen nicht.

**Die Flüchtlingskrise und die unterschiedlichen Reaktionen darauf haben zu einem nachhaltigen Zerwürfnis in der EU**

**geführt. Man kann von einer West-Ost-Spaltung sprechen, die sich noch zu vertiefen droht. Wie lässt sie sich überwinden?**

Ich möchte positiv beginnen: Es hat in den letzten Jahren sehr viel Bewegung gegeben. Die deutsche Position ist zum Beispiel inzwischen deutlich näher an der unseren als noch vor zwei Jahren. Viele Staaten haben sich in die richtige Richtung bewegt. Jetzt brauchen wir einen Fokus auf einen ordentlichen Schutz der EU-Außengrenzen und nicht nur die ständige Diskussion über die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union nach Quoten. Es sind bislang gerade einmal rund 30 000 Flüchtlinge von den 160 000 verteilt worden, die vorgesehen waren. So viele sind 2015 zu Spitzenzeiten in zwei Tagen nach Europa gekommen. Wir brauchen eine Politik, nach der wir und nicht die Schlepper entscheiden, wer nach Europa kommen darf. Drittens brauchen wir mehr Hilfe vor Ort, weil das unsere christlich-soziale Verantwortung gegenüber Menschen ist, die unter deutlich schlechteren Bedingungen leben.

**Sie haben gefordert, Migranten, die auf illegalem Weg kommen wollen, an geschützten Orten außerhalb der EU festzuhalten, um dort Asylverfahren abzuwickeln. Bis zu einer konkreten Verwirklichung dieses Planes, wenn sie überhaupt möglich wird, ist es ein weiter Weg. Gibt es Zwischenschritte, auf die sich alle einigen könnten?**

Unser derzeitiges Modell ist höchst ungerecht. Wer sich einen Schlepper leisten kann und sich illegal auf den Weg macht, der kommt nach Europa durch. Wer das nicht tut, bleibt im Kriegsgebiet oder anderswo auf sich allein gestellt. Das kann nicht das Modell der Europäischen Union sein. Deshalb halte ich eine Trendumkehr für notwendig: Wir entscheiden, nicht die Schlepper. Bis dahin gibt es viele Zwischenschritte, einige finden schon statt. Zum Beispiel werden Flüchtlinge, die auf griechischen Inseln ankommen, nicht gleich auf Festland weitertransportiert. Es wird mit der libyschen Küstenwache und anderen kooperiert, um sicherzustellen, dass Schlepperboote gar nicht erst ablegen. Oder das Vorgehen gegen NGOs im Mittelmeer, die gegen das Gesetz verstoßen oder nicht bereit sind, mit staatlichen Behörden zu kooperieren.

Das ist gut, aber viele weitere Zwischenschritte müssen noch folgen, sonst könnten die Migrationszahlen jederzeit wieder ansteigen. Die Migrationskrise ist nicht gelöst.

**Auch wenn man durchaus am Sinn einer Verteilung der Migranten auf Länder, in die sie nicht wollen und in denen sie nicht willkommen sind, zweifeln kann, gibt es gültige Beschlüsse der EU dazu, die von einigen Ländern schlicht nicht befolgt werden. Wie ist mit diesen Staaten umzugehen?**

Diese Entscheidungen der EU sind grundsätzlich zu akzeptieren. Das muss auch für Polen und Ungarn gelten. Darüber hinaus ist es wichtig, dass sich die Europäische Union nicht nur noch mit der Verteilung von 160 000 Menschen aus dem Jahr 2015 auseinandersetzt. Selbst wenn das System der Quotenverteilung funktionieren würde, was es nicht tut, würde das nur eine Zeitverzögerung bedeuten. Denn wenn man Menschen gegen ihren eigenen Willen und gegen den Willen der Staaten in Länder wie Polen bringen wird, werden sie nach wenigen Jahren die Niederlassungsfreiheit in der EU genießen und somit später nach Deutschland oder Österreich kommen. Ich hoffe sehr, dass wir bald in eine Phase kommen, in der wir die nachhaltigen Lösungen implementieren und nicht in der Selbstbeschäftigung verharren.

**Wie könnte Solidarität zwischen den EU-Ländern stattdessen aussehen?**

Indem man Griechenland, Italien und andere Mitgliedstaaten, die an der Außengrenze gelegen sind, nicht mit dem Grenzschutz allein lässt. Ein funktionierender Außengrenzschutz ist die Basis für ein Europa ohne Grenzen nach innen. Zum Zweiten durch eine ordentliche Hilfe vor Ort. Drittens indem wir jedem Land die Möglichkeit bieten, über Resettlement-Programme Menschen aus Kriegsgebieten aufzunehmen. So haben es Länder wie Australien und Kanada gemacht, in der Vergangenheit auch Österreich. So riskieren die Menschen nicht ihr Leben, finanzieren keine Schlepper, und Integrationsmaßnahmen sind schon vorbereitet.

**Haben Sie verstanden, warum die Regierung Merkel im Verlauf der Flüchtlingskrise eine andere Politik als Österreich und auch Sie persönlich verfolgt hat?**

Ich glaube, dass diese Herausforderung nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten Europas und insbesondere auch in der Europäischen Kommission damals ein Stück weit unterschätzt wurde. Es wurde unterschätzt, wie viele Menschen bereit sind, sich auf den Weg zu machen, wenn sie sehen, dass die Grenzen geöffnet werden.

**Gehört es auch zu Ihrer Politik, Österreich für Asylbewerber bewusst weniger attraktiv zu machen? Indem man zum Beispiel darüber spricht, sie zu kasernieren, Ausgangsbeschränkungen zu unterwerfen, damit es für sie, um ein Zitat Ihres Koalitionspartners zu gebrauchen, nicht so „gemütlich“ ist?**

Solange das derzeitige System gilt und Asylverfahren in Europa abgewickelt werden, ist es das Ziel, das so rasch wie möglich zu tun. Es ist wichtig, dass die Menschen rascher Klarheit haben, ob sie dableiben dürfen oder nicht. Die Politik darf nicht jahrelang zusehen müssen, solange das Verfahren dauert. Das ist nicht weit von dem entfernt, was Deutschland und andere Länder vorhaben beziehungsweise einige skandinavische Länder schon umgesetzt haben.

**In Deutschland benutzt man jedenfalls andere Begriffe. Der österreichische Innenminister Herbert Kickl von der FPÖ schlug vor, Asylbewerber „konzentriert“ unterzubringen.**

Der Innenminister hat seine Aussage bereits klargestellt und darauf hingewiesen, dass eine menschenwürdige Unterbringung eine Selbstverständlichkeit sein muss. So steht das klar in unserem Regierungsprogramm, dem ist nichts hinzuzufügen.

**Können Sie mit dem Begriff „deutschnational“ etwas anfangen? Viele Politiker Ihres Koalitionspartners gehören Vereinen an, die sich so definieren.**

Mit diesem Begriff kann ich nichts anfangen. Ich habe mit 16 Jahren begonnen, mich in der Jungen ÖVP zu engagieren. Das ist eine Organisation mit einem ganz klaren Geschichtsverständnis und einer ganz klaren Haltung zu Österreich und zur Europäischen Union. Wenn jemand in seiner Weltanschauung gefestigt ist, dann bin es ich.

**Aber wenn man mit Politikern, die so verwurzelt sind, eine Koalition eingeht – muss man sich dann nicht Gedanken darüber gemacht haben, was das eigentlich bedeutet?**

Ich möchte festhalten, es gibt in einer Demokratie Gott sei Dank für die Bevölkerung die Möglichkeit zu entscheiden, welche Parteien sie unterstützen möchte. Alle im Parlament vertretenen Parteien in Österreich sind demokratisch gewählt. Ich habe in den Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ den Eindruck gewonnen, dass es den klaren Wunsch gibt, einen Beitrag zu einer positiven Veränderung in Österreich zu leisten. Dass jeder gewisse Prägen und Grundhaltungen hat und dass es hier Personen gibt, die ganz andere Weltanschauungen vertreten als ich, das ist in einer Demokratie und einer Koalitionsregierung immer der Fall. Ich habe die Bedingung gestellt, dass es eine proeuropäische Ausrichtung gibt, aber natürlich auch ein klares Bekenntnis zu unserer Verfassung, zu unseren europarechtlichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen sowie den Werten, die ein gesellschaftliches Miteinander ermöglichen und fördern. All das ist in diesem Regierungsprogramm festgeschrieben.

**Gehört zu Ihrem Projekt auch eine politische Zählung der FPÖ, indem man sie in die Verantwortung nimmt?**

Ein Regierungsmitglied hat andere Aufgaben als ein Oppositionspolitiker. Verantwortung verändert Menschen meistens.

**Ein CSU-Politiker hat einen Aufbruch in eine „konservative Bürgerlichkeit“ in Deutschland gefordert. Er sprach sogar von einer „konservativen Revolution“. Ist Österreich schon auf dem Weg dorthin? Ihrem Bündnis mit der FPÖ wird ja auch sonst allerhand zugetraut.**

Ich bin ein bürgerlicher Politiker der Mitte. Wir sind eine bürgerliche Mitte-rechts-Koalition, die das umsetzt, was wir im Wahlkampf versprochen haben: eine steuerliche Entlastung, damit Menschen, die arbeiten gehen, nicht die Dummchen sind. Wir haben eine höhere Steuer- und Abgabenlast als im EU-Durchschnitt, auch höher als Deutschland. Es ist absolut notwendig, hier anzusetzen. Die ersten Maßnahmen, die wir beschlossen haben, waren deshalb in diesem Bereich. Zweitens ist es unser Ziel, Sicherheit zu gewährleisten – auch durch unseren Kampf gegen illegale Migration. Drittens wollen wir den österreichischen Wirtschaftsstandort stärken und zukunftsfähig machen. Dazu ergreifen wir Maßnahmen vom Bildungs- bis zur Deregulierung.

**Da werden Sie auf manchen Widerstand stoßen.**

Natürlich. Ich habe vor, in den nächsten fünf Jahren das zu tun, was ich für richtig erachte – unabhängig davon, ob das populär ist oder nicht. Wir haben viele Maßnahmen im Regierungsprogramm festgeschrieben, die populär sind, und viele, die es nicht sind.

**Österreich steckt in einem Geflecht von Strukturen und Gebräuchen, das in Jahrzehnten großer Koalition gewachsen ist und das Land einschnürt. Etwa das Kammer-System, das sich über die Politik gelagert hat. Oder Pensionen, die zukünftigen Generationen gewaltige Lasten aufbürden. Das Regierungsprogramm lässt in diesen Punkten nicht viel Ehrgeiz erkennen. Verzichten Sie da auf Reformen aus Rücksicht auf mächtige Interessen?**

Das größte Problem an unserem Standort ist die hohe Regulierung, die vielen Gesetzen und Verordnungen. Da kann kaum

jemand noch den Überblick bewahren, die Menschen werden entmündigt. Da setzen wir ganz massiv an. Wir haben einen Minister, der sich eigens der Deregulierung und Reform widmet. Wir haben uns darauf festgelegt, nicht Entscheidungen, die die Bundesregierung zu treffen hätte, an die Sozialpartner zu delegieren. Die Sozialpartner haben ihre Aufgaben, aber die Regierung hat die Aufgabe zu entscheiden, auch wenn es hier und da keine Einigung der Sozialpartner gibt. Das ist ein Novum für Österreich. Bei der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern erwarten wir uns von der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer, sparsamer mit den Beiträgen umzugehen. Bei den Pensionen haben wir uns darauf geeinigt, Maßnahmen zu ergreifen, um das faktische Eintrittsalter an das gesetzliche anzupassen. Es braucht keine ständigen Diskussionen über das gesetzliche Pensionsalter, solange das tatsächliche nicht beim gesetzlichen liegt.

**Können Sie angesichts der österreichischen Erfahrungen mit großen Koalitionen Deutschland dazu raten, wieder eine einzugehen?**

Deutschland hier Tipps zu geben wäre anmaßend. Angela Merkel ist eine sehr erfahrene Regierungschefin. Ich bin mir sicher, dass in Berlin die richtigen Entscheidungen getroffen werden. In Österreich haben sich die Wähler definitiv für eine Veränderung ausgesprochen, es gab große Unzufriedenheit über die Koalition von SPÖ und ÖVP. Ich wünsche mir im Interesse Deutschlands, aber auch in unserem als Nachbar und in dem der Europäischen Union eine rasche Regierungsbildung, damit es in Berlin eine stabile Regierung gibt. Davon werden wir alle profitieren.

**In Bezug auf Österreich fragt: Was macht eine dauerhafte große Koalition aus einem Land?**

Länder sind sehr unterschiedlich und schwer vergleichbar. Die Koalition aus SPÖ und ÖVP war geprägt von einem ständigen Gegeneinander, von ganz unterschiedlichen Konzepten. Das war definitiv nicht zum Vorteil des Landes. Zu notwendigen Veränderungen hatte die große Koalition nicht die Kraft.

**Das führt zu Lähmung und wuchernden Strukturen?**

In Österreich ist diese Analyse sicher richtig.

**Sie haben geäußert, Österreich wolle in der Flüchtlingspolitik eine Brücke bauen zwischen den Visegrad-Staaten auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite. Bedeutet das Aequidistanz?**

So möchte ich das nicht verstanden wissen. Wir haben eine klare Haltung: In Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gibt es keine Aequidistanz, wenn es Fehlentwicklungen in einem Mitgliedstaat gibt. Aber wenn es nicht gelingt, die Spannungen abzubauen, die es beispielsweise zwischen Ost und West in der EU immer mehr gibt, dann wird die Zusammenarbeit immer schwieriger werden. Wo es sinnvoll und richtig ist, wollen wir daher eine Brückenfunktion einnehmen, um den Zusammenhalt in der EU zu stärken.

**Wie soll die EU auf die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn reagieren?**

Es braucht, egal in welchem Mitgliedstaat, immer ein genaues Hinschauen, wenn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Gefahr sind oder zumindest dieser Eindruck entsteht. Hier gibt es klare Verantwortlichkeiten der Europäischen Kommission. Was Polen betrifft, bin ich froh, dass die Kommission hier ihrer Verantwortung nachgekommen ist. Polen versucht derzeit, diese Bedenken auszuräumen. Man wird sehen, ob das gelingt. Wenn nicht, dann gibt es durch Artikel 7 entsprechende Möglichkeiten. Wir werden die Kommission, wenn es notwendig wird, unterstützen.

**Fürchten Sie nicht, dass man mit einer Erhöhung des Drucks, etwa auch mit dem Kürzen von Zahlungen, zur politischen Radikalisierung Polens beitragen oder das Land gar aus der EU treibt?**

Darum hoffe ich, dass der Dialog erfolgreich ist. Er ist für alle Beteiligten der wünschenswertere Weg. Es gibt schon genügend Spannungen in der EU.

**Die Entscheidung Ihrer Regierung, den Südtirolern die österreichische Staatsangehörigkeit zusätzlich zur italienischen anzubieten, ist von Rom nicht gerade entspannt aufgenommen worden. Ist der Preis eines Streits mit Italien nicht ein bisschen hoch – gerade in diesen Zeiten?**

Viele Staaten in der EU haben eine Doppelstaatsbürgerschaft, auch Italien. Wenn wir hier aktiv werden, werden wir das immer gut abgestimmt mit Italien tun. Derzeit haben jedoch andere Themen Priorität.

**Moskau wünscht, dass die wegen der Annexion der Krim und der russischen Intervention in der Ostukraine verhängten EU-Sanktionen aufgehoben werden. Wien hatte in der Vergangenheit für diesen Wunsch mehr Verständnis als Berlin gezeigt. Gilt das auch für Ihre Regierung?**

Wir sind ein Land, das Interesse an einem positiven Miteinander in Europa hat. Langfristig wird es nur Frieden in Europa mit und nicht gegen Russland geben können. Das bedeutet nicht, dass wir wegsehen, wenn Völkerrecht verletzt wird und Unrecht geschieht. Als EU müssen wir auf Fortschritte im Ukraine-Konflikt dringen, also bei der Umsetzung des Minsker Abkommens. Wenn es diese gibt, dann ist es wünschenswert, die Sanktionen Schritt für Schritt abzubauen, um weitere Anreize für Fortschritte zu setzen, wie das damals Frank-Walter Steinmeier noch als Außenminister vorgeschlagen hat.

Das Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler führten **Berthold Kohler** und **Stephan Löwenstein**.